



Berlin, 29. Januar 2007

RAF-Terror: GdP appelliert an Bundespräsidenten Freiberg: An alle Opfer denken

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) appelliert an Bundespräsident Horst Köhler, in seinen Entscheidungsprozess über das Gnadengesuch des RAF-Terroristen Christian Klar die Gedanken und Gefühle aller Hinterbliebenen der Opfer des RAF-Terrors miteinzubeziehen. Mit keinem Wort, so der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg, seien bislang in der öffentlichen Diskussion die weniger prominenten Opfer der RAF erwähnt worden: die in ihrem Dienst für den Staat ermordeten Polizeibeamten, deren Hinterbliebenen und auch die Polizisten, die während der RAF-Zeit gegenüber Terroristen von der Schusswaffe Gebrauch machen mussten. Freiberg: „Niemand fragt, wie heute die Witwe eines damals erschossenen Polizisten über die Begnadigung von Herrn Klar denkt. Niemand fragt die Polizeibeamten, die damals zum Schutz des Staates einen Menschen erschossen haben, durch die seelische Belastung des Schusswaffengebrauchs krank geworden sind, ihren Beruf aufgeben mussten und deren Beziehungen daran zerbrochen sind.“

Die jetzige Diskussion um die Freilassung von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar habe in den Reihen der Polizei die Erinnerungen an die Zeit des RAF-Terrors wieder aufleben lassen. Freiberg: „Die gnadenlose Brutalität der RAF-Terroristen nicht nur gegenüber prominenten Vertretern des Staates, sondern auch gegenüber denen, die ihre Aufgabe darin sahen, den Staat zu schützen, ist bei vielen in der Polizei noch immer gegenwärtig.“

„Ich bin überzeugt davon, dass die Überlegungen des Bundespräsidenten durch Gespräche mit hinterbliebenen Polizistenwitwen und damals beteiligten Kollegen bereichert werden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190